

Liebe Leserinnen und Leser,

auch nach Ablauf des Monats April gibt es wenig neue Fortschritte bei der Umsetzung unserer Forderungen zu vermelden. EU-Kommissionspräsident Barroso hat Anfang April vor dem Europaparlament die verhärteten Fronten bei Befürwortern und Gegner klar benannt. Nun wartet Europa auf die Ergebnisse der Folgenabschätzung der Steuerkommission, welche für Juli erwartet wird. An der dafür anberaumten Konsultation haben sich erfreulich viele Befürworter der Finanztransaktionssteuer (Organisationen und Einzelpersonen) mit eigenen Stellungnahmen beteiligt - ein guter Beweis der breiten Unterstützung unserer Kampagnenforderung.

Trotz allem: Ein klares Bekenntnis der EU-Kommission für eine Finanztransaktionssteuer wäre eine Überraschung. Im europäischen Vergleich haben sich bisher die Regierungen von Deutschland, Österreich und Frankreich am stärksten im Sinne unserer Forderungen engagiert. Bei einer Teilstaatenlösung käme Deutschland und Frankreich eine große Verantwortung zu. Bleibt zu hoffen, dass die deutsche Regierung dabei [mehr Fingerspitzengefühl](#) an den Tag legt als bei den laufenden Verhandlungen zur Zukunft der Währungsunion.

Inhalt:

- Entwicklungen im Inland
- Entwicklungen im Ausland
- Konsultation der EU-Kommission
- ÖkonomInnenbrief
- Neue Studien und Stellungnahmen
- Städte und Gemeinden für Finanztransaktionssteuer

Entwicklungen im Inland:

28. April: Die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik ([Memorandumgruppe](#)) stellt ihr jährliches Gutachten zur deutschen Wirtschaftspolitik vor. Die Kurzfassung wurde von über 1000 WirtschaftswissenschaftlerInnen und GewerkschafterInnen unterzeichnet. Unter den empfohlenen Maßnahmen findet sich auch eine europäische oder internationale Finanztransaktionssteuer.

12. April: Laut einer DIW-Studie sind Spekulationen für etwa 20 % der Veränderungen bei Nahrungsmittelpreisen verantwortlich. Die [Welthungerhilfe](#) schlägt eine Finanztransaktionssteuer zur Eindämmung der Spekulation mit Nahrungsmitteln vor.

7. April: Entwicklungsminister [Dirk Niebel](#) sucht nach innovativen Finanzierungsquellen zur Erreichung des 0,7 %-Ziels. Mittel aus einer Finanztransaktionssteuer hält er dafür allerdings für unrealistisch.

6. April: Der frühere Verfassungsrichter [Paul Kirchhof](#) fordert eine Finanztransaktionssteuer, um den Staat zu entlasten und riskante Geschäfte einzudämmen.

Entwicklungen im Ausland:

25. April: Der [Congressional Progressive Caucus](#), die linksliberale und größte Abgeordnetenvereinigung innerhalb der Demokratischen Partei der USA, stellt einen alternativen Haushaltsentwurf vor. Unter zahlreichen Steuermaßnahmen findet sich auch eine Finanztransaktionssteuer. [Paul Krugman](#) findet lobende Worte.

21. April: [Chinesische](#) Spitzenfunktionäre sind nicht besonders begeistert von der Idee einer Finanztransaktionssteuer - insbesondere weil die US-Amerikaner nicht mitmachen würden.
19. April: [380.000 Personen](#) appellieren an Steuerkommissar Semeta, eine Finanztransaktionssteuer bis 2013 in Kraft zu setzen. Die Frist für Stellungnahmen zur [EU-Konsultation](#) zur Besteuerung des Finanzsektors endet.
17. April: [Parthasarathi Shome](#), Direktor des "Indischen Rats zur Erforschung internationaler Wirtschaftsbeziehungen" (ICRIER) und Berater der indischen Regierung, äussert sich skeptisch gegenüber einer Finanztransaktionssteuer, lehnt das Instrument aber nicht definitiv ab.
15. April: Das G20-Finanzministertreffen in Washington endet, wie üblich, mit einem [Kommunique](#). Die Finanztransaktionssteuer wird nicht erwähnt.
15. April: Finanzminister der [Vereinigung der frankophonen Staaten](#) fordern eine Finanztransaktionssteuer zur Finanzierung von Entwicklung.
15. April: [Südafrikas](#) Finanzministerium hält nicht viel davon, mit den Einnahmen aus einer Finanztransaktionssteuer Maßnahmen zum Klimaschutz zu finanzieren.
13. April: Mehr als [1000 ÖkonomInnen](#) weltweit sprechen sich in einem gemeinsamen Appell für eine Finanztransaktionssteuer zur Finanzierung von Armutsbekämpfung und Klimaschutz aus.
11. April: EU-Haushaltskommissar [Lewandowski](#) fordert wieder einmal eigene Steuereinnahmen direkt für das EU-Budget. Dafür käme auch eine Finanztransaktionssteuer in Betracht.
9. April: Anlässlich des Treffens der europäischen Finanzminister im ungarischen [Gödöllö](#) demonstrieren 50000 Menschen aus 22 Ländern gegen die laufenden Sozialkürzungsprogramme - und fordern dabei auch eine Finanztransaktionssteuer.
5. April: EU-Kommissionspräsident [Barroso](#) stellt vor dem Europaparlament klar: Einige Mitgliedsstaaten würden eine Finanztransaktionssteuer fundamental ablehnen, sie werden ihr nicht zustimmen. Der Europäische Rat habe sich allerdings verpflichtet, sich mit den demnächst von der Kommission zu unterbreitenden Vorschlägen zur Besteuerung des Finanzsektors zu befassen.
5. April: Historische Kehrtwende: [IWF-Chef Strauss-Kahn](#) bezeichnet das marktliberale Wirtschaftsdenken der vergangenen 30 Jahre als überholt. Die Forderung nach einer Finanztransaktionssteuer übernimmt er jedoch nicht - es bleibt bei der vom IWF vertretenen Empfehlung für eine Finanzaktivitätsteuer.
4. April: Die europäischen Sozialdemokraten fassen weiterhin für 2012 ein [europäisches Bürgerbegehren](#) für eine Finanztransaktionssteuer ins Auge.

Konsultation der EU-Kommission

Die EU-Kommission unter Federführung von Steuerkommissar Algirdas Semeta hat von Mitte Februar bis Mitte April Organisationen und BürgerInnen der EU zu Stellungnahmen zur Besteuerung des Finanzsektors aufgerufen. Neben der vor dem Hintergrund der Finanzkrise eigentlich rein rethorischen

Fragestellung, ob eine Besteuerung des Finanzsektors angemessen sei, geht es um konkrete Alternativen bei der Besteuerung: Finanztransaktionssteuern, Finanzaktivitätssteuern und Bankenabgaben. Die Verwendung der Einnahmen ist nicht Fragebestandteil der Konsultation.

Wir sind der Meinung, dass es wegen Lenkungswirkung und Steueraufkommen keine Alternativen zu einer Finanztransaktionssteuer gibt und andere steuerliche Maßnahmen eine Finanztransaktionssteuer allenfalls ergänzen können. Die Kampagne hat sich daher einerseits mit einer gemeinsamen [Stellungnahme](#) an der Konsultation beteiligt und dem Anschreiben eine Argumentation zu fünf [Schlüssel Fragen](#) beigefügt. Das Schreiben wurde erfreulicherweise von 26 Kampagnenorganisationen unterzeichnet. Darüber hinaus haben 9 Mitgliedsorganisationen eigene Stellungnahmen eingereicht. Angesichts der Komplexität des Themas, der damit verbundenen Arbeit und dem Zeitdruck ein großartiges Ergebnis!

Zusätzlich haben sich zahlreiche BürgerInnen mit Einzelbeiträgen eingebracht. Dazu gehören auch [384.000 UnterstützerInnen](#) eines gemeinsamen Appells an Steuerkommissar Semeta, den Beschluss des Europaparlaments nicht zu ignorieren (vgl. unser letzten Newsletter). Auch dies ein großartiger Erfolg!

Die Ergebnisse der Konsultation sollen im Sommer bekannt gegeben werden. Abhängig von den Ergebnissen könnte im Herbst 2011 ein gesetzgebendes Verfahren eingeleitet werden - oder eine Entscheidung weiter auf die lange Bank geschoben werden.

1000 ÖkonomInnen unterstützen unsere Kampagnenforderung

1000 ÖkonomInnen aus über 50 Ländern haben einen Brief an die G20 Finanzminister und Bill Gates unterzeichnet. Darin fordern sie eine Finanztransaktionssteuer zur Finanzierung globaler Angelegenheiten. Zu den Unterzeichnern gehören Jeffrey Sachs, Sonderberater des UN-Generalsekretärs Ban Ki Moon, Dani Rodrik, Professor für politische Ökonomie an der Harvard University und Christian Fauliau, langjähriger ranghoher Ökonom der Weltbank. Der Brief wurde vom internationalen Kampagnenbündnis zu Beginn des G20-Finanzministertreffens Mitte April in Washington übergeben. Bill Gates wurde als Leiter einer Expertengruppe damit aufgefordert, die Finanztransaktionssteuer als innovative Finanzierungsoption zu berücksichtigen und den G20 als Maßnahme vorzuschlagen.

[Zur Liste der UnterstützerInnen](#) und [zum vollständigen Briefftext](#) (inklusive Pressemitteilung der Kampagne).

Zu Bildern von der Übergabe in [Washington](#) inklusive der Übergabe an die französische Finanzministerin [Christine Lagarde](#).

Der Brief wurde vor allem von britischen und französischen Medien aufgegriffen, unter anderem auf der [Startseite des britischen Guardian](#).

Einer der Unterzeichner, der Ökonom [Ha-Joon Chang](#) hat dazu im Guardian einen weiteren Beitrag veröffentlicht, der als Übersetzung im [Freitag](#) auch auf deutsch vorliegt.

Neue Studien und Stellungnahmen

Neues Argumentationspapier von Stephan Schulmeister

Der WIFO-Ökonom Stephan Schulmeister dürfte allen LeserInnen durch seine Arbeiten zur Finanztransaktionssteuer inzwischen hinreichend bekannt sein. Als Experte nimmt er an zahlreichen

Beratungen über das Für und Wider der Steuer teil. Ein wichtiges Ereignis war das Brüsseler Steuer-Forum Ende März. Wer sich einen Überblick über die wichtigsten Argumente für und gegen die Steuer verschaffen will, ist mit seinem [Argumentationspapier](#) für dieses Forum bestens bedient.

ICRIER Working Paper: Financial Transactions Taxes

Das ICRIER (Indian Council for Research on International Economic Relations) hat in einem [Arbeitspapier](#) den Zweck und die ökonomische Wirkung von Finanztransaktionssteuern bewertet. Das Arbeitspapier wertet existierende Studien aus und bringt keine neuen eigenen Argumente ein. Die zentrale Erkenntnis der Studie ist, dass es zahlreiche Unsicherheiten über die Auswirkungen einer solchen Steuer gibt, der Grundtenor ist skeptisch bis negativ. Der Autor, Parthasarathi Shome, ist Direktor des ICRIER und Berater des indischen Finanzministeriums. Indien hat bisher eine skeptische bis ablehnende Haltung eingenommen.

Städte und Gemeinden für Finanztransaktionssteuer

Im vergangenen Monat hat sich der Stadtrat von Nürnberg für die Unterstützung der Ziele unserer Kampagne ausgesprochen. Mit einer Pressemitteilung haben wir dieses Beispiel (und das ähnliche Beispiel in Eschweiler) zur Nachahmung empfohlen:

[Kampagne "Steuer gegen Armut" appelliert an Städte und Gemeinden: Jetzt aktiv werden für Einnahmen aus Finanztransaktionssteuer](#)

Es laufen inzwischen entsprechende Initiativen unter anderem in Osnabrück und Paderborn. Wir wünschen viel Erfolg und weitere Initiativen!

Herzlichst, Ihre Newsletter-Redaktion

www.steuergegenarmut.org, auf [Facebook](#) und auf [Twitter](#)

Der Newsletter der Kampagne "Steuer gegen Armut" wird monatlich und bei besonderen Anlässen verschickt. Die Redaktion liegt bei Attac. Wenn Sie diesen Newsletter in Zukunft nicht mehr erhalten möchten, folgen Sie dem untenstehenden Link oder schicken eine Mail an finanztransaktionsteuer@attac.de.